

Neues Hintergrundmaterial: Braucht Deutschland Atomwaffen?

Pünktlich zum Beginn der ersten Konferenz der Unterzeichnerstaaten des UN-Atomwaffenverbotsvertrages in Wien veröffentlichte das Bremer Friedensforum ein Hintergrundpapier: Deutschland darf keine Atomwaffen besitzen. Die „Nukleare Teilhabe“ Deutschlands mit dem Atombombengeschwader in Büchel für den Abwurf amerikanischer Atombomben verstößt offensichtlich gegen den Atomwaffensperrvertrag. Statt wechselseitiger Abschreckung: Frieden durch Abrüsten!

Erhältlich beim Bremer Friedensforum oder im Netz:

<https://www.bremerfriedensforum.de/pdf/AVVJuni2022-1.pdf>

Weiterer Terminhinweis:

Donnerstag, 1. September 2022, 17 Uhr, Bremen, Marktplatz
Kundgebung zum Antikriegstag

Unterstützende Organisationen:

Bremer Friedensforum, Bremische Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung, Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigung der Kriegsdienstgegner/DFG-VK, Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung e.V./IPPNW - Regionalgruppe Bremen, Vereinigung für Friedensrecht/IALANA Deutschland, Messstelle für Arbeits- und Umweltschutz/MAUS) e.V., Nordbremer Bürger gegen den Krieg, #aufstehen Bremen, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschist*innen/VVN-BdA

Impressum:

Bremer Friedensforum, Villa Ichon, Goetheplatz 4, 28203 Bremen

Sprecher*innenkreis:

0421 - 3961892 / 0173-4194320 (Ekkehard Lentz, v.i.S.d.P.)

0421 - 6441470 (Hartmut Drewes) | 0151-40078187 (Eva Böller)

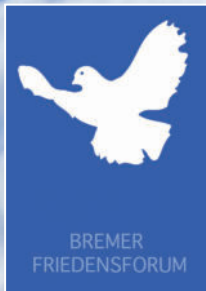
0421 - 4341852 (Barbara Heller)

<https://www.bremerfriedensforum.de>

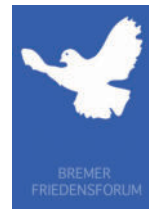
<https://www.facebook.com/bremerfriedensforum>

<https://twitter.com/ekkehardlentz1>

https://www.instagram.com/bremer_friedensforum



BREMER FRIEDENSFORUM



Hiroshima und Nagasaki mahnen: Atomwaffen abschaffen

**Samstag, 6. August 2022
von 12 bis 13 Uhr, Marktplatz Bremen**

Mahnwache zum 77. Jahrestag der US-Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki

Es sprechen:

Dr. Lars Pohlmeier
(Co-Vorsitzender
Internationale
Ärzt*innen für
die Verhütung des
Atomkrieges IPP-
NW),

Hartmut Drewes
(Bremer Friedens-
forum),

Regine Albrecht
(Vereinigung
der Verfolgten
des Naziregimes/
Bund der Antifa-
schist*innen VVN-
BdA)

**Bitte bringt Blumen mit,
damit wir den Marktplatz
mit dem Friedenszeichen
schmücken können.**

Fotoausstellung:

Bilder aus Hiroshima von Mareiko Kriete.



Atombombenopfer mahnen: Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag!

Am 6. und 9. August 1945 haben US-amerikanische Atombomben, abgeworfen über den japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki, 270.000 Menschen sofort getötet. Hunderttausende Betroffene und Nachkommen leiden bis heute an den Folgen und an der Veränderung des Erbgutes. In den folgenden Jahrzehnten wurden unzählige weitere Menschen Opfer der mehr als 2.000 Atomtests in Afrika, Asien, Australien, Europa, Nordamerika und dem pazifischen Ozean.

Der russische Angriff auf die Ukraine und die Drohung mit Atomwaffen lässt nur einen Schluss zu: die Ächtung dieser Massenvernichtungswaffen voranzutreiben. Die atomare Abschreckung gilt es zu überwinden, denn sie bietet nur eine scheinbare Sicherheit. Statt neuer Hochrüstung braucht es gerade jetzt alle Anstrengungen, um wieder Kooperation und Vertrauen zwischen den Staaten zu erreichen. Es bleibt das Ziel der Abrüstung und die Notwendigkeit, als Weltgemeinschaft gemeinsam Lösungen im Umgang mit der Klimakatastrophe zu entwickeln.

In Wien fand vom 21. bis 23. Juni 2022 die erste Vertragsstaatenkonferenz des UN-Atomwaffenverbotsvertrages statt. Der Vertrag trat am 22. Januar 2021 in Kraft. Bis heute sind ihm 66 Länder beigetreten. Überlebende der Atombombenabwürfe in Japan, der Atomtests sowie ihre Nachfahren berichteten über die beispiellose humanitäre Katastrophe, die diese Massenvernichtungswaffen verursachen.

Heute bedrohen uns weltweit noch immer 12.700 Nuklearwaffen! Die Atommächte planen, Milliardensummen in die Aufrüstung ihrer Arsenale zu investieren. Friedensforscher*innen warnen vor einem neuen nuklearen Wettrüsten. Die Bundesregierung plant, neue Trägerflugzeuge für neue, zielgenauere Atombomben in Büchel (Rheinland-Pfalz) anzuschaffen.

„Sollte auch nur ein Teil der Atomwaffen Russlands und der USA zum Einsatz kommen, würde das Leben auf der Erde, wie wir es kennen, enden. Die Frage nach dem Verursacher der Katastrophe wäre dann unerheblich. Deshalb sind Deeskalation und Diplomatie der einzig richtige Weg.“

Dr. Lars Pohlmeier (IPPNW)

Der jüngste NATO-Gipfel in Madrid bekräftigte, die nukleare Abschreckung deutlich zu stärken, da sie „der oberste Garant für die Sicherheit des Bündnisses“ seien. Die Rolle der in Europa, auch in Deutschland, stationierten US-Atomwaffen wird in dem Strategiedokument eigens betont. Eine Erklärung, Atomwaffen nie als Erster einzusetzen („no first use“), wie es von der Friedensbewegung als vertrauensbildende Maßnahme seit langem gefordert wird, fehlt.

Wir begrüßen, dass die Vertragsstaaten in Wien ihre Besorgnis und Bestürzung über die Drohungen mit und den Einsatz von Atomwaffen zum Ausdruck gebracht haben und unmissverständlich „alle nuklearen Bedrohungen, ob explizit oder implizit und ungeachtet der Umstände“ verurteilten.

Wir begrüßen, dass Deutschland an der UN-Konferenz als Beobachterstaat teilgenommen hat.

Wir freuen uns, dass sich neben vielen zivilgesellschaftlichen Gruppen und Kirchen über 600 deutsche Europa-, Bundestags- und Landtagsabgeordnete, fast 140 Städte sowie vier Landtage für den Beitritt der Bundesregierung zum Atomwaffenverbotsvertrag aussprechen.

Wir fordern die Bundesregierung auf,

- Atomwaffen vor allem aufgrund der katastrophalen humanitären Folgen ihres Einsatzes zu ächten und dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten,

- auf dem Weg zur Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags auf die nukleare Teilhabe zu verzichten,

- kooperative Sicherheit durch eine Politik der Friedenslogik in den Blick zu nehmen und damit die nukleare Abschreckung überwinden zu helfen.

